

Haushaltsrede der SPD-Fraktion Karlsruhe zum Doppelhaushalt 2024/2025 von Dr. Anton Huber. Die Rede ist in der vorliegenden Fassung freigegeben und uneingeschränkt zitierfähig - ebenso wie die Ausführungen in der Gemeinderatssitzung am 10. Oktober 2023. Bitte keine Inhalte der Rede vor dem 10. Oktober 2023, 16.30 Uhr veröffentlichen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

„Die Königsdisziplin des Gemeinderats ist die Aufstellung des städtischen Haushalts“. Diese Aussage zählt zu den ersten Dingen, die ich lernen durfte, nachdem ich mich entschieden hatte, mich kommunalpolitisch in meiner Heimatstadt Karlsruhe zu engagieren.

„Die Königsdisziplin“ - das klingt kompliziert. Das klingt nach etwas, das man nur kann, wenn man viel Erfahrung hat. Es klingt nach etwas, das ziemlich abschreckt, wenn man neu dabei ist.

„Die Königsdisziplin“ - ein Begriff der Macht und Einfluss suggeriert. Der zeigt, wozu der Gemeinderat fähig sein kann. Ein besonders hoher Anspruch eben.

Diese Haushaltsaufstellung, fühlt sich überhaupt nicht an wie eine „Königsdisziplin“. Eher wie ein Drahtseilakt.

An einem Ende des Seils die Stadtverwaltung. Sie schwitzt vor Anstrengung, ist müde und geschafft. Anstrengende Einsparrunden liegen hinter den Mitarbeitenden mit unangenehmen Fragen.

Sie reichen uns Seiltänzerinnen und -täänzern die Hand und schauen uns dabei ängstlich an. Manche von Ihnen blicken mahnend auf den Boden, von wo aus das Regierungspräsidium sie fest im Fokus hat.

Auf der anderen Seite des Seils die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Die vielen engagierten, die lauten und die leisen. Die Initiativen und Institutionen.

Die Familien, die jungen und die alten. Diejenigen die schon lange hier wohnen, diejenigen die neu sind und diejenigen die nur auf der Durchreise sind. Manche fordern mit Vehemenz, andere resignieren bereits.

Über uns schweben unsere Ideale und Wertvorstellungen, vielleicht auch das ein oder andere Parteiprogramm.

Und unter uns? Der Boden der Tatsachen. Der Haushaltsplan. Die rote Zahl: fast 40 Millionen Euro Defizit in beiden Haushaltsjahren 2024 und 2025.

Was für eine Situation. Vom König, welcher die „Königdisziplin“ ausübt, zum Drahtseiltänzer, bei dem jeder Schritt ein Risiko ist. Egal in welche Richtung er geht.

Kommunalpolitik fühlt sich oft an wie ein Drahtseilakt, aber selten war die Fallhöhe so hoch.

Dabei ist Karlsruhe eigentlich eine prosperierende Stadt mit hoher Lebensqualität. Regelmäßig schneiden wir sehr gut ab bei Städterankings.

- Wir sind Technologiestadt mit hoher Gründerdynamik und niedriger Arbeitslosigkeit.
- Wir sind eine Mobilitätsstadt, mit einem weitläufigem ÖPNV-Netz, mit herausragenden Car-Sharing-Möglichkeiten und vorbildlicher Fahrradinfrastruktur.
- Wir sind eine Kulturstadt, in der alle Platz finden, von großen Einrichtungen wie dem Badischen Staatstheater und dem ZKM bis hin zur Sub- und Breitenkultur.
- Wir haben ein Krankenhaus mit Maximalversorgung, das auch viele Menschen aus dem Umland bestes medizinisch versorgt.
- Und nicht zuletzt sind wir eine herausragende Sozialstadt, mit einer Armutsbekämpfungsstrategie, die in Deutschland seinesgleichen sucht.

Insgesamt hat der Ergebnishaushalt der Stadt Karlsruhe, also die regelmäßigen Einnahmen und Ausgaben, ein Volumen von ca. 1.7 Milliarden Euro pro Jahr. Davon sind ungefähr 340 Millionen Euro sogenannte „freiwillige Leistungen“, also Dinge, die wir uns als Stadt leisten, obwohl wir dazu nicht gesetzlich verpflichtet sind. Das heißt, wir geben ungefähr 20% unseres Geldes dafür aus, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr geboten bekommen, als der Gesetzgeber von uns verlangt. Ich finde, das ist eine beachtliche Zahl und erklärt auch, weshalb wir in Karlsruhe in vielen Bereichen so gut aufgestellt sind.

Jetzt stellen sich die Bürgerinnen und Bürger wahrscheinlich die berechnete Frage: Was ist denn nun schiefgelaufen, dass dieser 1,7 Milliarden Euro schwere Haushalt so ins Schwanken gerät?

Diese Frage will ich zu Beginn, vor allem für die Öffentlichkeit, kurz beantworten.

Wenn man die 40 Millionen Euro Haushaltsdefizit ins Verhältnis zu den 1,7 Milliarden - also 1.700 Millionen Euro - Haushaltsvolumen setzt, dann merkt man, dass es sich eigentlich nur um einen verhältnismäßig kleinen Betrag handelt. Nur 2.4% beträgt das relative Defizit des Gesamthaushalts.

Können wir also aufatmen? Nein, das können wir nicht.

Normalerweise stellt man seinen Haushalt nämlich so auf, dass man am Ende kein Defizit, sondern einen Überschuss hat. Und mit diesem Überschuss kann man dann Investitionen tätigen. Völlig analog zu unserem eigenen privaten Haushalt.

In der Konsequenz bedeutet das Haushaltsdefizit also, dass wir all die wichtigen Investitionen, die wir in Karlsruhe dringend machen müssen - Schulsanierungen, Kindertagesstätten, Sporthallen oder Fahrradwege - nur dann machen können, wenn wir Kredite aufnehmen. Also alles „auf Pump“. Und das ist offensichtlich ein Problem. Denn je mehr Schulden ich habe, desto weniger Geld steht mir zur Verfügung, denn ich muss die Schulden tilgen und dazu noch Zinsen bezahlen.

Das Problem ist daher gut nachvollziehbar und verständlich.

Eine berechtigte Folgefrage lautet nun: wie kommt dieses Defizit zustande?

Wirft man einen Blick auf den städtischen Haushalt, dann sieht man, dass die Einnahmen weniger stark steigen als die Ausgaben.

Einen großen Block der Ausgaben stellen die Personalkosten der Stadtverwaltung dar. Und die steigen gerade stark. Nicht weil wir etwa unkontrolliert viele Menschen einstellen, sondern weil die Löhne steigen. Das finden wir als Sozialdemokraten gut und daran wollen wir logischerweise nichts ändern.

Schaut man etwas tiefer in den Haushaltsplan, dann fällt ein weiterer Block auf, der das Ergebnis stark belastet.

Es handelt sich dabei vor allem um zwei Tochtergesellschaften der Stadt Karlsruhe - die Verkehrsbetriebe und das städtische Klinikum - die jährlich ein dickes Minus verursachen.

Der geplante jährliche Verlust im städtischen Klinikum beläuft sich mittlerweile auf 20 Millionen Euro, bei den Verkehrsbetrieben sogar auf 75 Millionen Euro im Jahr 2024 und 82 Millionen Euro im Jahr 2025. Und da sind die 33 Millionen Euro für den Stadtbahntunnel noch nicht dabei.

Verstehen Sie mich nicht falsch! Ich möchte in aller Deutlichkeit sagen, dass beide Gesellschaften für uns als Stadt sehr wichtige Aufgaben erfüllen. Wir sind stolz auf unseren ÖPNV in Karlsruhe und unser Klinikum. Wir sind zufrieden mit den jeweiligen Geschäftsführungen, denn sie arbeiten gewissenhaft und tragen keine Schuld an den Defiziten. Es sind vielmehr die äußeren Umstände, die schwierig sind.

Denn sowohl die Krankenhaus- als auch die ÖPNV-Finanzierung werden von der Landes- und Bundespolitik geregelt. Das hat zur Folge, dass wir als Kommune so gut wie keinen Einfluss auf die Einnahmenseite haben, am Ende aber die Zeche bezahlen müssen!

Schauen wir uns zum Beispiel das städtische Klinikum an. Die Einnahmen hängen von den sogenannten Fallpauschalen ab. Also festgeschriebene Sätze, welche die Krankenkassen pro Behandlung an das Krankenhaus bezahlen. Diese

Sätze werden von der Bundespolitik festgelegt und entziehen sich vollständig unserem Einfluss.

Beim ÖPNV hatten wir bis vor kurzem über Fahrkartenpreise noch einen Einfluss auf die Einnahmenseite. Seit Einführung des Deutschland- und des Jugendtickets haben wir aber auch hier kaum noch Möglichkeiten, da viele Kundinnen und Kunden eben auf diese Tickets zugreifen. Wir freuen uns über diese neuen bundesweiten Tickets, weil sie einen wichtigen Beitrag zur Verkehrswende leisten, aber finanziell sind sie für uns Kommunen äußerst schwierig. Wir benötigen als Kommune dringend mehr Handlungsspielraum um den ÖPNV gegenzufinanzieren. Die Einführung einer Citymaut oder eine Nahverkehrsabgabe könnten Instrumente sein, die uns dabei helfen, mehr Einnahmen für den ÖPNV zu generieren. Dafür bedarf es aber einer entsprechenden gesetzlichen Regelung der Landespolitik.

Zusammenfassend kann man sagen, dass allein zwei Posten des Haushalts - der ÖPNV und das städtische Klinikum - mit einem Verlust von bis zu 130 Millionen Euro pro Jahr zu Buche schlagen und wir können nichts dagegen tun. Das ist maximal frustrierend.

Unter großer Anstrengung hat es unsere Verwaltung geschafft, in einem mühsamen Prozess, immerhin ca. 90 Millionen Euro an Sparmaßnahmen zu identifizieren. Damit konnte es geschafft werden, dass immerhin $\frac{3}{4}$ dieses Verlustes ausgeglichen wird. Dafür sind wir Ihnen, Herr Oberbürgermeister, und allen anderen Beteiligten aufrichtig dankbar.

Aber trotz größter Anstrengung und Kreativität, bleibt ein Minus von 40 Millionen Euro, womit wir als Gemeinderat nun umgehen müssen.

Wir danken Ihnen, Herr Oberbürgermeister, dass Sie trotz misslicher Lage den Rotstift an den wichtigsten Stellen in der Tasche gelassen haben. Wir danken Ihnen, dass auch in diesem Haushalt umfassende Mittel für die Sozialpolitik und viele andere wichtige Bereiche zur Verfügung gestellt werden.

Bestehender Haushaltsentwurf:

Ich will kurz für die SPD-Fraktion auf die aus unserer Sicht wichtigsten Themen eingehen.

- Zur Unterstützung armutsgefährdeter Familien und Kinder stehen für den Karlsruher Pass und den Karlsruher Kinderpass pro Jahr ungefähr 3 Millionen Euro zur Verfügung.
- Mit bis zu 200 Stellen bei der praxisintegrierten Ausbildung leisten wir mit jährlich 5 Millionen Euro als Kommune unseren Beitrag gegen den Fachkräftemangel in den Kindertagesstätten.
- Zusätzlich stehen 1.5 Millionen Euro pro Jahr bereit, um Sprachförderung und Inklusion in den Karlsruher Kitas zu ermöglichen. Damit schließen wir auch in den kommenden beiden Jahren eine Lücke, die uns die Landespolitik nicht schließen will.
- Auch im Schulbereich haben wir einen starken Haushalt: insgesamt stecken wir ca. 30 Millionen Euro pro Jahr in die Bauunterhaltung unserer städtischen Gebäude, vieles davon fließt in die Sanierung und Modernisierung von Schulen. Darüber hinaus ist im kommenden Doppelhaushalt die Komplettsanierung der Walter-Eucken-Schule und der Neubau von Sporthallen im Schulzentrum Südwest in Oberreut und in der Hebelschule vorgesehen, mit Gesamtkosten von ca. 42 Millionen Euro.
- Auch in diesem Doppelhaushalt werden wir mit der Karlsruher Wohnraumförderung insgesamt 2.8 Millionen Euro in bezahlbare Wohnungen investieren. Damit helfen wir vor allem Menschen mit geringem Einkommen und großen Familien weiter, die vom angespannten Mietwohnungsmarkt besonders betroffen sind.
- Wir freuen uns, dass insgesamt 430.000 Euro für Vorplanungen zu der dringend benötigten Sanierung der freiwilligen Feuerwehrhäuser eingeplant sind. Wir wissen, dass damit noch keine Sanierung erledigt werden kann, aber es lässt erkennen, dass die Probleme und der

Investitionsstau in den Gebäuden der freiwilligen Feuerwehren angegangen wird.

- Mit Zuschüssen an den KI-Innovationspark, den Smartproductionpark und das Cyberforum sorgen wir mit jährlich knapp einer Millionen Euro dafür, dass wir auch zukünftig ein top Technologiestandort mit zukunftsweisenden Arbeitgebern sein werden.
- Und zu guter Letzt: auch der Doppelhaushalt 24/25 legt einen seiner Schwerpunkte im Bereich des Klimaschutzes, alles andere wäre für uns als SPD-Fraktion auch nicht hinnehmbar. Insgesamt steht pro Haushaltsjahr der Rekordbetrag von 40 Millionen Euro zur Umsetzung unseres Klimaschutzkonzeptes zur Verfügung. Darunter sind erstmalig dedizierte Mittel für die Klimaanpassung enthalten. In diesem Bereich fordern wir als SPD schon lange mehr Aktivität. Wir sind stolz, dass unsere Forderung nun zur Umsetzung kommen wird.

Sie sehen, dass wir auch in schwierigen Zeiten, den Kopf nicht in den Sand und dafür danken wir der Stadtverwaltung.

Trotz alledem gibt es einigen Stellen in diesem Haushalt, an denen wir als SPD-Fraktion noch dringenden Handlungsbedarf sehen. Dabei handelt es sich - mit geringen Ausnahmen - nicht um neue Projekte und Förderungen, sondern lediglich um die Rücknahme einiger weniger Sparmaßnahmen.

Ich möchte deshalb den zweiten Teil dieser Rede dafür nutzen, um über diese Handlungsbedarfe zu sprechen.

Ich tue dies unter dem vorhin beschriebenen Leitbild des Drahtseilaktes, in der Balance zwischen Haushaltsstringenz auf der einen und den Erfordernissen, die wir als SPD-Fraktion in dieser Stadt sehen, auf der anderen Seite.

Handlungsbedarfe über den Haushaltsentwurf hinaus:

Ich möchte mit der Herzammer der sozialdemokratischen Kommunalpolitik beginnen, dem Bereich Bildung:

Seit Jahren kämpfen wir als Karlsruher SPD dafür, dass die frühkindliche Bildung - im Wesentlichen die Kindertagesstätten - kostenfrei angeboten werden kann. Es ist uns dabei klar, dass wir dieses Ziel hier in Karlsruhe nicht allein erreichen können, sondern auch hier auf die Landespolitik angewiesen sind. Unsere Prämisse der vergangenen Jahre war es: solange wir keine Kostenfreiheit erreichen können, passen wir die Kitabeiträge höchstens nach unten an!

Der vorliegende Haushaltsentwurf sieht jedoch eine Erhöhung der Kitagebühren um bis zu 65€ pro Monat vor. Betroffen sind nicht nur unsere eigenen Einrichtungen, sondern indirekt, über eine Senkung von Zuschüssen, auch die Einrichtungen anderer Träger. Je nach Träger verlangen diese heute aber schon immens hohe Gebühren von den Eltern. Diese würden im Zuge der Zuschusskürzungen weiter steigen.

Aber für uns gilt: in Zeiten der Krisen dürfen wir die Familien nicht unverhältnismäßig stark belasten. Deshalb können wir als SPD-Fraktion diese massive Steigerung nicht mitgehen. Wir fordern daher eine deutlich moderatere Erhöhung um allerhöchstens die Hälfte der geforderten Summe.

Als SPD verfolgen wir nicht nur das Ziel der gebührenfreien Kita, sondern der Gebührenfreiheit in allen Bildungsbereichen.

In den letzten Haushaltsberatungen wurde auf Antrag der SPD-Fraktion ein Meilenstein der gebührenfreien Bildung in Karlsruhe erreicht. Erstmals wurden die Gebühren für die Karlsruher Fachschulen halbiert.

Leider sieht der vorliegende Haushaltsentwurf eine Wiedereinführung der Fachschulgebühren in voller Höhe vor. Das ist für uns als SPD-Fraktion nicht tragbar, weshalb wir diese Sparmaßnahme ablehnen werden.

Eine weitere wichtige Bildungseinrichtung in Karlsruhe ist die Volkshochschule. Sie erlaubt es den Bürgerinnen und Bürger sich bis ins hohe Alter fortzubilden. Sie ermöglicht es interessierten Menschen, sich auch jenseits der klassischen

Bildungspläne Fähigkeiten anzueignen.

Durch das breite Angebot an Sprachkursen spielt die Volkshochschule darüber hinaus eine wesentliche Rolle in den Integrationsanstrengungen unserer international ausgerichteten Stadt. Wir alle wissen, dass sich die Volkshochschule in einer finanziell schwierigen Lage befindet.

Nach unseren Erkenntnissen ist die Volkshochschule dauerhaft auf Mietzuschüsse angewiesen.

Deshalb sehen wir keine Alternative dazu, auch für die kommenden beiden Jahren einen Mietkostenzuschuss für die Volkshochschule zu beantragen.

Ein weiteres Thema, das uns als SPD-Karlsruhe seit vielen Jahren eng begleitet, ist der Schutz von Frauen vor Gewalt:

Der Europarat hat 2011 in Istanbul die „Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ als völkerrechtlichen Vertrag beschlossen. Sie verlangt umfassende Präventions-, Interventions- und Schutzmaßnahmen für Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen oder bedroht sind.

Zur Umsetzung der Konvention müssen auf kommunaler Ebene Koordinierungsstellen eingerichtet werden. In Karlsruhe wurde die Phase der Konzeptentwicklung bislang durch zwei befristete Projektstellen, mit je 50% Stellenanteil, bei der Gleichstellungsbeauftragten abgedeckt. Diese Projektstellen laufen Ende März bzw. Ende Mai 2024 aus.

Die Umsetzung der Istanbul-Konvention bleibt aber eine Daueraufgabe, die die Schaffung einer unbefristeten Koordinierungsstelle in Vollzeit notwendig macht. Deshalb werden wir eine solche Stelle für den kommenden Haushalt beantragen.

Bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention sind wir als Kommune vor allem auf die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Einrichtungen angewiesen. In Karlsruhe wird vor allem vom *Sozialdienst katholischer Frauen* und dem *Verein zum Schutz misshandelter Frauen* die Beratung betroffener Opfer geleistet. Wir wurden alle darüber informiert, dass die derzeitigen Stundenkontingente nicht ausreichen, um dem hohen Beratungsaufgebot gerecht zu werden.

Deshalb fordern wir, die Zuschüsse an die beiden genannten Vereine zu erhöhen.

Lassen Sie mich zu einem weiteren ursozialdemokratischen Thema kommen, die Kulturförderung:

Und hier möchte ich mit einem bekannten Zitat von Adorno beginnen:

„Wer Kultur sagt, sagt auch Verwaltung. Ob er will oder nicht.“

Weiter sagt Adorno „Sie [Anm. die Kultur] soll das Höhere und Reine sein, das, was nicht angetastet und zurechtgestutzt wird.“

Als Adorno sein berühmtes Referat formulierte, dachte er bei dem Begriff „zurechtgestutzt“ sicher nicht an Haushaltskürzungen. Er wollte vielmehr auf das Spannungsfeld zwischen staatlicher Förderung und freier Kultur hinweisen. Er wollte davor warnen, dass Kultur zur „Massenindustrie“ wird.

Gott sei Dank, sind wir in Karlsruhe weit weg von „Kultur als Massenware“ - ganz im Gegenteil. Wir haben eine feingliedrige Kulturlandschaft, die so heterogen ist wie unsere Stadtgesellschaft.

Meine Fraktion wehrt sich dagegen, den Erfolg von Kultur an Kennzahlen wie zum Beispiel der Zahl der Konsumentinnen und Konsumenten festzumachen. Vielmehr sind für die SPD-Fraktion die Vielfalt und die Freiheit der Kultur entscheidende Faktoren.

Gerade aber weil Kultur keine Massenware ist, bedarf sie finanzieller Förderung. Wir sind stolz auf die Kulturförderung der Stadtverwaltung und des Gemeinderats, genau weil sie sich wenig versucht einzumischen und die Freiheit der Kultur respektiert.

Die SPD-Fraktion war schon immer Streiterin für eine auskömmliche Kulturförderung in Karlsruhe. Wir sind entschiedene Unterstützer einer Dynamisierung der Zuschüsse. Wir wissen alle, welchen Sprung die Miet- und Energiekosten in den letzten beiden Jahren gemacht haben, im privaten und im gewerblichen Bereich. Wir wissen, dass die Löhne im Kulturbereich aber gleichzeitig, wenn überhaupt, unterproportional steigen.

Deshalb sehen wir uns, trotz der Haushaltslage, gezwungen, im kommenden Doppelhaushalt nicht nur die Kürzungen im freien, nichtkommerziellen Kulturbereich zurückzunehmen, sondern die Dynamisierung der Fördersummen zu fordern.

Zum Schluss möchte ich noch auf ein Thema zu sprechen kommen, das für die SPD-Fraktion schon immer zu einer der wichtigsten Aufgaben der kommunalpolitischen Arbeit hier in Karlsruhe zählt, das Thema bezahlbares Wohnen:

Bis ins Jahr 2034 benötigen wir in Karlsruhe 14.000 neue Wohnungen. Das ist eine Herausforderung, die schon allein kaum zu bewältigen ist.

Bedenkt man, dass gleichzeitig heute schon jeder fünfte Haushalt als „durch die Miete überlastet“ gilt, also mehr als 40% seines Einkommens für die Miete aufbringen muss, dann wird klar: Wir brauchen händeringend mehr bezahlbaren Wohnraum!

Das schärfste Schwert, das wir im Kampf gegen rasant steigende Mietpreise haben, ist unsere Volkswohnung. Sie schafft Wohnraum für alle, bezahlbar und möglichst barrierefrei.

Die Volkswohnung steht derzeit vor einer immensen Aufgabe: die Baupreise steigen ins Unermessliche, die Kreditkonditionen sind katastrophal und gleichzeitig muss neben der Schaffung neuer Wohneinheiten der Bestand hinsichtlich der dringend erforderlichen Klimaneutralität saniert werden. Wir können es deshalb nicht nachvollziehen, warum ausgerechnet zu diesem Unzeitpunkt, eine Gewinnabschöpfung der Volkswohnung zur Stabilisierung des städtischen Haushalts vorgesehen ist.

Sehr geehrte Frau Finanzbürgermeisterin. So sehr ich sie persönlich schätze, so vehement sage ich heute in ihre Richtung: Solange dieser Haushalt noch genehmigungsfähig ist, wird es mit der SPD-Fraktion keine Gewinnabschöpfung der Volkswohnung geben!

Weitere Sparmaßnahmen (Gegenmaßnahmen):

Ich möchte zum Schluss noch auf das wichtige Thema der Gegenmaßnahmen kommen. Als wir vor drei Jahren den Haushaltssicherungsprozess gestartet haben, wurde die Prämisse ausgerufen „Ein Mehr auf der einen Seite, bedeutet ein Weniger auf der anderen Seite!“.

Für uns als Stadträtinnen und Stadträte ist dieses Prinzip absolut nachvollziehbar, aber unglaublich schwierig umzusetzen. Der vorliegende

Haushaltsentwurf umfasst 570 Seiten. Viele Posten sind Sammelansätze, deren Inhalt nur schwer aufzuschlüsseln ist. Viele Dinge sind miteinander verschränkt und die Auswirkung einer Einsparung sind unklar.

Ich möchte einige Beispiele machen:

Im investiven Bereich ist es noch einigermaßen einfach. Gemeinsam mit anderen Fraktionen wollen wir uns dafür stark machen, dass der Neubau des Jugendhauses in der Südstadt schon in diesem Doppelhaushalt angegangen wird. Dafür sollen die Sanierungskosten für die Stadthalle umgeschichtet und gestreckt werden. Die Auswirkung dieser Gegen Sparmaßnahme lässt sich für uns abschätzen.

Im Ergebnishaushalt, also dem Bereich, der uns am meisten Sorgen bereitet, ist die Einschätzung von Sparmaßnahmen für uns sehr schwierig.

Wir als SPD-Fraktion sehen unter anderem Potential bei der Einsparung der Erstwohnsitzkampagne mit jährlich 900.000€ und allgemeinen Gutachterkosten in Höhe von bis zu jährlich 200.000€.

Für uns als Stadträtinnen und Stadträte ist es aber fast unmöglich nachzuvollziehen, was Streichungen in diesen Bereichen zur Konsequenz hätten.

Fehlen uns durch die Streichung der Erstwohnsitzkampagne am Ende Steuereinnahmen? Wenn wir die Gutachterkosten reduzieren, können dann am Ende wichtige Projekte nicht angegangen werden, gerade weil sie vorgeschaltete Gutachten zwingend erfordern?

Prinzipiell sind wir als SPD-Fraktion daran interessiert, auch weitere Sparmaßnahmen zu diskutieren. Wir tragen schließlich einen Löwenanteil der bereits vorgeschlagenen Einsparmaßnahmen mit, obwohl viele von ihnen uns tief in unsere sozialdemokratische DNA treffen.

Deshalb möchte ich die Haushaltsrede meiner Fraktion mit einer Zusicherung beenden: Wir werden alle seriösen Sparmaßnahmen, die sich in diesen Haushaltsberatungen zusätzlich ergeben werden, in aller Ernsthaftigkeit und ergebnisoffen mitdiskutieren und versuchen, auch durch eigene Sparvorschläge zur Reduzierung des Haushaltsdefizits beizutragen.

Vielen Dank!